

Budget, Banküberfälle und Hugo Chávez

Nationalrat. Die Opposition arbeitete sich im Parlament an der Bundesregierung und ihrem Budget für 2024 ab. Ein Vergleich der Freiheitlichen brachte auch Finanzminister Magnus Brunner zum Lachen.

VON DANIEL BISCHOF

Wien. Für das Budget 2024 hatte am Donnerstag im Nationalrat jede Fraktion ihr eigenes Motto. Die türkis-grüne Bundesregierung stellt es unter die Parole: „Mit Optimismus für Österreich: Wohlstand erhalten. Zukunft gestalten.“ Doch kann die Opposition damit nichts anfangen. „Hinter uns die Sintflut“, hielten SPÖ-Klubobmann Philip Kucher und Neos-Klubobfrau Beate Meinel-Reisinger unisono für den besseren Titel. Brachialer formulierte Mandatar Hubert Fuchs (FPÖ). Man müsse dem Budget das Motto verpassen: „Wohlstand zerstören, Zukunft verbauen und Steuergeld verschwenden“, sagte er.

Die Bruchlinien bei der Budgetdebatte, sie folgten im Nationalrat den derzeitigen Parteistrategien. Die ÖVP führt seit Wochen eine Kampagne, in der sie für Zuversicht wirbt – und diese versuchte auch ÖVP-Klubobmann August Wöginger zu versprühen. Mit dem Budget werde in die Zukunft investiert, etwa in die Halbleitertechnologie, die Kinderbetreuung, den Klimaschutz und die Sicherheit, sagte er. Auch Konjunkturmaßnahmen wie Förderungen für Gebäudesanierungen seien dabei. Österreich sei ein starkes Land und stehe besser da als von vielen bewertet. Schlechtedren bringe nichts, daher sei ein „Budget mit Optimismus“ angesagt.

Zwist zwischen SPÖ und FPÖ

SPÖ-Klubobmann Kucher hingegen sah „Österreich vor einer ganz, ganz schwierigen Situation“ stehen. Daran trage auch die Bundesregierung die Schuld. Die Einmalzahlungen an die Bevölkerung seien verpufft, den Menschen werde ein „gigantischer Schuldenrucksack umgehängt“. Hunderttausende würden durch die Teuerung belastet werden. Auch gegen FPÖ-Chef Herbert Kickl teilte Kucher aus. Dieser sei der Erste gewesen, der



Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger sieht Türkis-Grün in Richtung Sozialismus ableiten. [AP/ANSA/eva Mazarin]

unter Türkis-Blau mit Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache „die Konzernsteuern massiv gesenkt hat“. Dieses Geld fehle Österreich nun. „Das hat nichts mit einem Volkskanzler zu tun“, so der SPÖ-Politiker. „Zum Kollegen Kucher, es wäre vernünftig, wenn ihr euch um eure Schrebergarten-Geschichten kümmern würdet“, konkretierte der freiheitliche Mandatar Fuchs. Die SPÖ sei „nicht glaubwürdig“.

Die Haushaltsentwicklung seit 2020 sei ein „Spiegelbild der Unfähigkeit dieser Bundesregierung“, so Fuchs. Es habe ein „multiples Versagen“ bei der Pandemie, der Sanktions- und Asylpolitik gegeben. Zugleich würde sich Türkis-Grün immer wieder der Abschaffung der kalten Progression rühmen,

so Fuchs. Dabei würden sich die Menschen dadurch nichts sparen, „ihnen wird halt nur weniger weggenommen“. „Herr Finanzminister“, sagte Fuchs: „Eine Bank spart sich ja auch nichts, wenn sie nicht überfallen wird.“ Da musste auch Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP), der auf der Regierungsbank Platz genommen hatte, lachen.

Maurer gegen „Schlechtedren“

Das Budget zeige einmal mehr, dass es einen Unterschied mache, wenn die Grünen mitregieren, sagte Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer. Während in anderen Ländern wie Großbritannien weniger Geld für Klimaschutz ausgegeben werde, sei das in Österreich nicht der Fall. Zudem würden die Grü-

nen die Unabhängigkeit der Justiz absichern. Jährlich sei das Justizbudget in den vergangenen Jahren angestiegen. Maurer beschwerte sich über „die Schlechtedren und Spalter, die wir auch hier im Parlament haben“.

Neos-Klubobfrau Reisinger hingegen kritisierte ein „zukunftsvergessenes Budget“: „Wie soll man da optimistisch sein?“ Angesichts des größten Schuldenstands, den es je gegeben habe, sei es „brutal Hugo Chávez (umstrittener, sozialistischer Präsident von Venezuela, 2013 verstorben, Anm.), was Sie hier machen“, richtete sie der Bundesregierung aus. Allein die Zinszahlungen, die Österreich werde leisten müssen, würden sich bereits auf zehn Milliarden Euro belaufen. „Wo ist jetzt die Zukunft?“ Die türkis-grüne Bundesregierung wirtschaftete Österreich „sukzessive herab“.

Mandatar mit Nazi-Vergleich

Emotional wurde es in der Debatte um den Nahost-Konflikt. Anlass war der Beschluss über eine höhere Förderung für die Israelitische Religionsgemeinschaft. Nationalrats-abgeordneter Martin Engelberg (ÖVP) bezeichnet die Hamas in seiner Rede als schlimmer als die Nationalsozialisten. Es ergebe keinen Sinn, „verbrecherische Regime“ miteinander zu vergleichen, entgegnete Mandatarin Eva Blimlinger (Grüne). Die Hamas nannte sie eine „Mörderbande“, bei deren Angriffen es nichts zu entschuldigen gebe.

Eine Verurteilung der Hamas kam auch von den Sozialdemokraten und den Neos. SPÖ-Sicherheitssprecher Reinhold Einwallner sprach von einem „hemmungslosem“ Töten von Juden, das zu einem sehr großen Maß betroffen mache. Neos-Mandatar Helmut Brandstätter meinte: „Wir stehen zu Israel um jeden Preis, mit aller Verantwortung, die wir spüren.“

Reformen. In Pensionsfragen hat die Politik laut IHS-Chef „zu lang abgewartet“. Die ÖVP-Seniorenchefin mahnt ein geplantes Vorhaben ein.

Pensionen: Kritik wegen verschleppter Reformen

Wien. Die laut neuem Budget stark steigenden Ausgaben für Pensionen heizen die Debatte um kleinere und größere Reformen rund um die Frage nach längerem Arbeiten an. Gleich mehrere Wirtschaftsforscher mahnten Strukturreformen ein, am Donnerstag legte IHS-Chef Holger Bonin bei einer Diskussionsveranstaltung, dem „Altersvorsorge Herbstdialog“ in Wien, nach. Man müsse darüber reden, dass 2024 knapp 17 Milliarden Euro in die gesetzliche Pensionsversicherung zugeschossen werden. „Das ist nicht wenig“, sagte der Ökonom, „das muss erst einmal finanziert werden.“ Der Zuwachs bei den Pensionsausgaben sei auch nicht allein durch die Inflation zu erklären, es sei auch die demografische Entwicklung, sprich die Alterung der Gesellschaft. Einfach immer mehr Schulden aufzunehmen sei „keine gute Idee“, gerade angesichts der aktuellen Zinslage. Bonin, der erst kürzlich ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter vorgeschlagen hatte, warnte davor, nachkommenden Generationen Schuldenberge zu hinterlassen, er forderte Beiträge der älteren Generation ein. Österreich habe in puncto Reformen „zu lang abgewartet“.

Projekt auf der langen Bank

Apropos abwarten: In der ÖVP wächst die Unruhe angesichts einer versprochenen Reform für längeres Arbeiten. Hintergrund: Zu Jahresbeginn hat die Bundesregierung eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die mit Beteiligung der Sozialpartner Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel ausarbeiten sollte. Ergebnisse wollte man noch im ersten Halbjahr vorlegen. Konkret ging es beispielsweise darum, die Pensionsversicherungsbeiträge für arbeitende Pensionisten zu streichen. Wirtschaftskammer-Chef Harald Mahrer forderte hernach überhaupt, sämtliche Beiträge für arbeitende Pensionisten zu streichen, mit Ausnahme der Unfallversicherung. Doch die Gruppe traf sich schon seit Monaten nicht

mehr, passiert ist seither wenig. Ingrid Korosec, Präsidentin des ÖVP-Seniorenbunds und Urheberin der Forderung nach einer Streichung der Pensionsversicherungsbeiträge für arbeitende Pensionisten, übte daran bereits mehrfach harte Kritik – so auch jetzt nach dem vorgestellten Budget.

„Knapp zehn Monate sind seit der ersten Arbeitsgruppe zur Schaffung von Anreizen für längeres Arbeiten in der Pension Anfang Februar vergangen“, sagt die ÖVP-Politikerin. „Es wurde viel und breit diskutiert und weitere Arbeitsgruppen folgten, trotzdem lässt eine Regelung auf sich warten.“ Korosec: „Das Thema ist aktueller denn je, und die Attraktivierung von längerem Arbeiten wäre ein Win-win-win für Pensionisten, Wirtschaft und Staat.“ Die Grünen sehen das nicht so, man warnte schon vor Monaten vor einer Verdrängung jüngerer Arbeitnehmer durch Arbeitsanreize für Pensionisten.

„Genug geredet, genug gerechnet“

Korosec will dennoch nicht mehr warten: „Genug geredet und gerechnet, es wäre jetzt wirklich an der Zeit, zumindest einen ersten Schritt zu machen.“ Sie könne sich als erste Maßnahme eines größeren Pakets vorstellen, „zumindest den Arbeitnehmerbeitrag zu streichen“. Und das, wie die ÖVP-Politikerin der von ihrer Partei angeführten Bundesregierung ausrichtet, „noch in diesem Jahr“.

Sehr viel deutet zuletzt nicht auf eine zeitnahe Umsetzung hin: Zuletzt verwiesen mehrere Ministerien in der Frage aufeinander. Sozialressort und Finanzministerium etwa sahen die Hauptzuständigkeit für die Angelegenheit beim Arbeitsministerium, das wiederum sah sich auf eine „Presse“-Anfrage im September lediglich für Maßnahmen zuständig, „die das Arbeiten im Alter durch Präventions- und Beratungsprogramme möglich und attraktiver machen können“. Also keine Streichungen von Sozialversicherungsbeiträgen. (kk)



Priscilla

Nur für Ausgeschlafene!
Die Ö1 Viennale Frühstücksfilme 2023
... um 6.30 Uhr

Priscilla MI | 25. 10. 2023 | 6.30 Uhr
r: Sofia Coppola | USA/1 2023 | 113 Min | OmdU

Poor Things MO | 30. 10. 2023 | 6.30 Uhr
r: Yorgos Lanthimos | UK/IE/USA 2023 | 141 Min | OmdU

Gartenbaukino | Parkring 12 | 1010 Wien
Einlass ins Foyer und Kaffee ab 5.30 Uhr
Gratisfrühstück to go nach der Vorstellung!
Tickets ab sofort: www.viennale.at
T (01) 526 59 47 69 | Vorverkaufsstelle Gartenbaukino

oe1.ORF.at

VIENNALE
NEUE KUNSTFILME IM THEATER

